Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11430**

18. Wahlperiode 07.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 9. März 2017 und zum Vorbereitungstreffen der 27 Staats- und Regierungschefs für den Jubiläumsgipfel in Rom am 25. März 2017

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt die vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 6. März bekundete Absicht ab, eine militärische Planungs- und Führungsfähigkeit (MPCC) einzurichten, die „eine Vorstufe für ein militärisches Hauptquartier darstellt“, und fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung dieses Vorhabens in den entsprechenden Gremien der EU zu verhindern.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Europäischen Rat vorzuschlagen, die Operation EUNAVFOR Atalanta und EUTM Somalia umgehend einzustellen und die dadurch freiwerdenden Mittel zusätzlich für die Bekämpfung der aktuellen Dürrefolgen in Ostafrika zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 7. März 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die Einrichtung eines EU-Hauptquartiers verändert den Charakter der Europäischen Union weiter in Richtung einer Militärmacht. Die „Military Planning and Conduct Capability“ (MPCC) und die von ihr aus zu führenden Militäreinsätze sind Zeichen des Willens der EU-Mächtigen, das Versagen der europäischen Integration nach innen ausgerechnet durch eine verstärkte Politik der militärischen Einmischung nach außen zu kompensieren. Dies ist nicht nur völlig kontraproduktiv, es ist auch gefährlich und setzt die derzeitige EU in noch schärferen Kontrast zur ursprünglichen Idee der europäischen Integration als einer Idee der Friedenserhaltung. In diesem Sinne sollte auch die militärische Aktivität der EU in Ostafrika eingestellt werden, die nichts zur Ursachenbekämpfung von Armut und Unterernährung beiträgt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.